

DEUTSCHLAND



TENDENZ: ABNEHMEND



FLUCHT Ver.di verlor seit 2001 fast eine halbe Million Mitglieder

GEHEIMAKTION Ver.di-Chef Frank Bsirske zog die Zusage für eine Betriebsrente an seine Mitarbeiter kurzerhand wieder zurück

GEWERKSCHAFTEN

Arroganz der Macht

Immer mehr Einschränkungen mutet Ver.di seinen Beschäftigten zu. Die rebellieren jetzt

Seit 1971 gehört Martin Lesch der Gewerkschaft an, blieb ihr immer treu. 23 Jahre verdient er schon bei ihr sein Geld. Doch was er dieser Tage bei seinem Brötchengeber erlebt, treibt ihm Zornesröte ins Gesicht. Der Ver.di-Bundesvorstand hat in einer Nacht-und-Nebel-Aktion die zugesagte betriebliche Altersvorsorge einkassiert – nach etlichen Nullrunden und aufgezwungenen Arbeitszeitverkürzungen. Wie die Zusatzrente künftig aussieht, weiß niemand. Für Lesch ist das „die nackte Arroganz der Macht“. In der zweitgrößten DGB-Gewerkschaft toben die etwa 4000 Mitarbeiter. Die Wut entlädt sich auf ihren Vorsitzenden und Arbeitgeber Frank Bsirske. Der Gesamtbetriebsrat prüft juristische Schritte.

Ver.di ist finanziell gebeutelt. Weniger als 2,4 Millionen Mitglieder zählt Ver.di mittlerweile. Zur Gründung der Dienstleistungsgewerkschaft 2001 waren es noch 2,8 Millionen. Ausbleibende Mitgliedsbeiträge und Streiks, widderschätzungsweise 70 Millionen Euro teure Arbeitskämpfe im öffentlichen Dienst in diesem Jahr, haben der Organisation tiefrote Zahlen beschert. Dazu gesellen sich Immobilien als Ladenhüter und ein aufgeblähter Personalapparat.

In einer Geheimsitzung beschloss deshalb der Ver.di-Vorstand unter Bsirskes Vorsitz, zum 1. Oktober Zusagen zur betrieblichen Altersvorsorge für den größten Teil der Beschäftigten zu widerrufen. Gesamtbetriebsrat und Mitarbeiter wurden gar nicht erst gefragt. Noch vor knapp drei Jahren über-

zog Ver.di die Commerzbank wegen eines ähnlichen Vorgehens mit Protesten und Demonstrationen.

Bsirske könnte jetzt selbst das Ziel sein. Der bayerische Betriebsrat Johann Rösch schreibt an Bsirske, es könne „nicht verwundern, dass die Beschäftigten die Vorgehensweise als handstreichartige Vorgehensweise und groben Vertrauensbruch empfinden“. Alarmieren müsste die Gewerkschaftsbosse eine Resolution der etwa 100 Beschäftigten aus dem Ver.di-Landesbezirk Niedersachsen-Bremen. „Wir sind stinksauer!!!“, schreiben sie. Es wachse das Bewusstsein, dass die Mitarbeiter sich gegenüber Ver.di „wie andere Arbeitnehmer in Konfliktsituationen mit ihrem Arbeitgeber verhalten müssen“. Eine wenig verblühte Drohung, die Voraussetzungen für Streiks zu schaffen.

Der Schritt ist nicht groß. Seit Mitte der 90er-Jahre kämpft der Verband der Gewerkschaftsbeschäftigten (VGB) um das Recht, die Mitarbeiter in den DGB-Gewerkschaften als unabhängige Organisation zu vertreten. Bislang akzeptiert aber keine DGB-Gewerkschaft die Form von Mitbestimmung, wie sie ▶

Foto: M. Kühn/FOCUS-Magazin, dpa

Um es auf den Punkt zu bringen: Wir sind stinksauer !!!

Die Erkenntnis, dass unsere Organisation sich genauso verhält wie jeder andere Arbeitgeber, nimmt zu. Allerdings wächst auch bei uns das Bewusstsein, dass wir uns dann auch wie andere Arbeitnehmer in Konfliktsituationen mit ihrem Arbeitgeber verhalten müssen.

AUFSTAND Die Ver.di-Mitarbeiter in Niedersachsen und Bremen kündigen harten Widerstand gegen Bsirskes Personalpolitik an



ZORNIG

VGB-Chef Martin Lesch wehrt sich gegen das rücksichtslose Vorgehen der Gewerkschaften gegenüber ihren eigenen Leuten

sie bei allen anderen Arbeitgebern immer vehement erzwingt – mitunter mit Tricks. Mit seinen 500 Mitgliedern gilt der VGB auch vor dem Bundesarbeitsgericht noch nicht als Gewerkschaft, weil er nicht mächtig genug ist. Das kann sich ändern, wenn der Unmut über Ver.di weiter wächst und der Verband mehr Zulauf hat.

Die bisherige Taktik von Bsirske & Co., den VGB mit Nadelstichen kleinzuhalten, hilft dann nicht mehr. VGB-Mitglieder werden von den Kollegen geschnitten, Anhänger als Nestbeschmutzer abgekanzelt. Jüngstes Beispiel: In einem digitalen Handbuch des Ver.di-Landesbezirks Sachsen reihte die Gewerkschaft den VGB, der immerhin DGB-Mitglieder vertritt, in das Verzeichnis „Gegnerische Verbände und Gewerkschaften“ ein. Erst auf Intervention des VGB-Vorsitzenden Martin Lesch wurde die Liste korrigiert. Über die Korrektur aber wurden die Beschäftigten nicht informiert. „Das ist die subtile Form der Diskriminierung. Nachdem die Gewerkschaften in den 90er-Jahren gegen den VGB vor Gericht gescheitert waren, soll der Verband jetzt in die Schmutzdecke gestellt werden“, kommentiert Lesch das Vorgehen. „Das Hauptproblem ist doch“, weiß der 55-jährige Ver.di-Sekretär aus Leipzig, „dass die Gewerkschaften eine unbegrenzte Macht haben, die es so nicht einmal in der freien Wirtschaft gibt.“

Die Glaubwürdigkeit ist verspielt. Was Bsirske bei den Unternehmen lautstark ablehnt, praktiziert er als Arbeitgeber selbst ausgiebig. Die Arbeitsbedingungen regelt der Vorstand über betriebliche Vereinbarungen. Unabhängige Arbeitnehmervvertretungen als Verhandlungspartner akzeptiert er nicht. Niedersachsens Finanzminister Hartmut Möllring (CDU) macht sich darauf seinen eigenen Reim: „Gerade die Gewerkschaften, die viel von Mitbestimmung halten, bauen in ihrem eigenen Betrieb eine Hierarchie auf, in der sie die Mitbestimmung praktisch ausschalten. Das ist bedenklich.“ Möllring handelte über Monate mit Ver.di einen neuen Tarifvertrag für die Beschäftigten in den Bundesländern aus. „Der Umgang von Ver.di mit den eigenen Beschäftigten entspricht leider nicht immer den Forderungen der Gewerkschaft an alle anderen Arbeitgeber“, stellt er fest. ■

HERBERT WEBER